

**„Tschernobyl, 26. April 1986.
Die Umweltbewegungen in der DDR nach dem Reaktorunfall“**

Eine Veranstaltung der Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der
Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
DDR und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

14. Januar 2011, 19 Uhr
Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Den Auftakt zur Veranstaltung bilden an diesem Abend die Aufnahmen des ukrainischen Kameramanns Wladimir Schewtschenko, die eine spürbar bedrückende Atmosphäre vermitteln. Es sind Bilder der Zerstörung, aufgenommen vor fünfundzwanzig Jahren, direkt nach dem GAU in Tschernobyl am 26. April 1986: Soldaten kämpfen sich durch das Skelett eines explodierten Reaktors, kehren radioaktives Graphit mit Hand und Schaufel zusammen. Vor der Strahlung soll sie lediglich ein Mundschutz bewahren. Die Minenarbeiter hingegen tragen gar keine Schutzbekleidung. Unwissend über das Gefahrenpotential gehen sie akribisch ihrer Arbeit nach. Untermalt werden diese unfassbaren Bilder von der zitternden Stimme einer jungen Frau, die davon berichtet, wie Schewtschenko nur wenige Wochen nach dem Dreh auf dem Reaktorgelände einem Krebsleiden erlag.

Auch die erste öffentliche Meldung in der DDR drei Tage nach dem Unglück wird an die Wand projiziert. Ein grotesk wirkender Zehnzeiler in Streichholzschachtelgröße, erschienen auf Seite fünf im Neuen Deutschland, spricht von einer nicht näher beschriebenen „Havarie“ in einem ukrainischen Kernkraftwerk, wie bereits Dr. Sabine Roß in ihrer Begrüßung im Namen der drei Veranstalter vermerkt.

Im Veranstaltungssaal der Bundestiftung Aufarbeitung herrscht Schweigen, die angespannten Gesichter der Zuschauer geben Auskunft über ihre Fassungslosigkeit. Moderatorin Jacqueline Boysen, Evangelische Akademie zu Berlin, hält kurz inne. Die verblüffende Ähnlichkeit der Bilder aus Tschernobyl von 1986 mit denen aus Fukushima von 2011 erschrecken und mahnen zugleich. Denn sie sind vor und nach 25 Jahren die gleichen geblieben. Wie auch die Frage nach den Ursachen einer solchen Katastrophe.

Obwohl der Gegenwartsbezug offenkundig ist, soll an diesem Abend vor allem ein Blick zurück geworfen werden: Welche Auswirkungen hatte der Reaktorunfall in der DDR, inwiefern wirkte die Katastrophe als Katalysator für vorhandenen Unmut in der DDR, vor allem bei den Bürgerrechtsgruppen?

Als Gründungsmitglied der Berliner Umwelt-Bibliothek sieht Christian Halbrock, heute bei der BStU beschäftigt, einen direkten Zusammenhang zwischen dem GAU in Tschernobyl und der Entwicklung der Umweltbewegungen. Der Reaktorunfall sei die „Initialzündung“ gewesen für ein breiteres öffentliches Interesse am Thema Umweltschutz. Andreas Schönfelder, Gründer der Umweltbibliothek Großhennersdorf, beschreibt den Zustand der DDR-Opposition vor dem Reaktorunfall gar als „Depression“. Seit 1984 sei alles, was mühsam aufgebaut worden sei, von der SED und der Staatssicherheit systematisch zerschlagen worden.

Erst nach dem Reaktorunfall stieg das Verlangen nach Wahrheit wieder so vehement in der Bevölkerung, dass oppositionelle Umweltgruppen vermehrt an Gehör gewinnen konnten. Ebenso spricht der SWR-Journalist Ulrich Neumann von einem zwar makaberen, aber schwer zu leugnenden Schub innerhalb der Umweltaktivitäten durch den GAU in Tschernobyl. Doch nicht nur die breite Öffentlichkeit begann sich für das Thema Umwelt zu interessieren, auch oppositionelle Gruppen, die sich vorher nicht damit auseinandersetzen, rückten die Thematik in ihren Fokus. Dies gelte beispielsweise für die Initiative Frieden- und Menschenrechte, wie die Historikerin Ina Witte erklärt. Informationsveranstaltungen wie jene in der Zionskirche, erinnert sich Halbrock, waren ab 1986 „proppevoll“ und wurden sowohl als Beweis für das gestiegene Interesse in der Bevölkerung sowie als Bruch des Informationsmonopols der SED gewertet.

Aus ihrer Lethargie und Depression erwacht, funktionierte die Vernetzung der unterschiedlichen oppositionellen Gruppen in der DDR wieder besser. So entstand auch in Sachsen das Bedürfnis nach Antworten auf Fragen, die sich nicht mehr nur auf den Reaktorunfall bezogen: „Warum waren plötzlich im Erzgebirge alle Geigerzähler weg?“, fragt Schönfelder in die Runde. Wie stand es um die Sicherheit und Umweltstandards in den Braunkohlewerken, wie verheerend war die Elbverschmutzung, das Waldsterben, worin lagen die Ursachen für die gestiegene Zahl an Fehlgeburten? All diese Probleme spielten plötzlich eine bedeutendere öffentliche Rolle als zuvor. Allmählich wurden erste Studien erhoben und verlässliche Daten veröffentlicht. „Learning by doing“, beschreibt Schönfelder diese Entwicklung. „Uns wurde bewusst, dass wir in einem System leben, das wir abschaffen wollten“, erklärt er weiter. Mit „unabhängigen Zeitschriften, Bibliotheken und Wirtschaftszweigen“ sollte, so Halbrock, ein „Staat im Staate“ errichtet werden. Warum aber musste es erst zu dem bis dahin schwersten Reaktorunfall der Menschheitsgeschichte kommen, damit Umweltschutz in das Bewusstsein der Bevölkerung (nicht nur in der DDR) eindringen konnte? Zum einen war Energie in der DDR eine Mangelware, erklärt Halbrock: „Hauptsache wir haben überhaupt Strom“, sei die allgemeine Haltung gewesen. Zum anderen folgten bis dahin viele der sozialistischen Ideologie: Während die Imperialisten im Westen mit der Atomkraft Kriege vorbereiteten, erzeuge die DDR daraus überlebenswichtigen und vor allem „friedlichen“ Strom. Hinzu kam, dass die Meiler versteckt lagen: „Das erste Mal sah ich den Reaktor in Lubmin, als ich mit dem Paddelboot unterwegs war“. Zu Halbrocks Überraschung befand sich direkt neben dem Kraftwerk die Start- und Landebahn für Militärflugzeuge.

Die Atomkraftgegner griffen den Staat also in zwei Punkten an. Zum einen in seiner Ideologie vom friedlichen Heilversprechen und zum anderen, indem sie eine Alternative zu den gelenkten Informationskanälen der SED darstellten. Da Umweltdaten Geheimdaten waren, erklärt Neumann, wurden sowohl die Umweltbibliothek als auch das Grün-ökologische Netzwerk Arche zu Staatsfeinden erklärt. Laut Ministerium für Staatssicherheit missbrauchten die Umweltaktivisten das „Umweltbewusstsein der Bürger“. Die Umweltbewegungen entwickelten sich zudem intensiver, frecher und kreativer. Als Beispiel nennt Witte den Piratensender „Schwarzer Kanal“, dessen erste Sendung anlässlich des Reaktorunfalls ausgestrahlt wurde. Das Thema gelangte so auch in die publizistische Öffentlichkeit und die Regierung unter Zugzwang. Die in dieser Zeit wahrnehmbare Dialogbereitschaft der

SED sei aber keineswegs vernunftbegründet gewesen, betont Neumann. Vielmehr wurde mit angeblicher Gesprächsbereitschaft versucht, das staatsfeindliche Potential der jeweiligen Gruppen zu unterminieren, Einzelpersonen zu diffamieren sowie ihrer beruflichen Existenz zu berauben. Die Oppositionsgruppen sollten zerschlagen werden.

Das Gegenteil aber wurde Wirklichkeit: Neben der Friedensbewegung und der Kirche wurden die Umweltgruppen zum dritten Standbein des Protests, der im Herbst 1989 in der friedlichen Revolution und Selbstdemokratisierung des SED-Staats kulminierte.

„Was aber haben die Menschen in Deutschland und weltweit aus dem GAU von vor fünfundzwanzig Jahren gelernt?“, fragt die Moderatorin zum Abschluss. „Nichts“, antwortet Schönfelder. Und solange der Mensch glaube, das ‚Lernen‘ ‚Zurückgehen‘ bedeute, werde sich seiner Meinung nach auch nichts daran ändern. Halbrock hingegen erkennt in den Reaktionen auf die aktuellen Ereignisse in Fukushima eine Chance. Diese Zäsur innerhalb der Geschichte der Menschheit sei in der Lage, langfristig eine globale energiepolitische Wende einzuleiten. Auch Witte ist der Meinung, dass Tschernobyl im Gedächtnis der Menschen sehr abstrakt geworden sei und der Unfall in Fukushima die Gefahren durch Atomenergie wieder realer gemacht habe. Die existenzielle Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement und Aufklärung sei deshalb auch heute – nach einem Vierteljahrhundert – unverändert.

Christin Pinzer